

Anfragen zum Plenum

in der 29. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Renate Ackermann
(GRU)

Ist der Staatsregierung bekannt, dass zwischen dem 1. Juli 2009 und dem 31. Juli 2009 in den Räumen der ZRS (Zentralen Rückführungsstelle Süd) in der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge Vorladungen von Chinesinnen und Chinesen zur Ausstellung von Ausreisepapieren stattfinden, zu welchem genauen Zeitpunkt werden diese stattfinden und finden zeitgleich in den Räumen der Außenstelle des BAMF Anhörungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus China statt?

Hubert Aiwanger
(FW)

In welcher Form wird die Weiterentwicklung der Hauptschulen zu Mittelschulen im Landkreis Landshut erfolgen, welche Hauptschulen in der Region werden die geforderten Bildungsangebote nur im Verbund mit anderen Schulen unterbreiten können und welche Auswirkungen auf andere Schulen des Landkreises, insbesondere Real- und Berufsschulen, sind zu erwarten?

Margarete Bause
(GRU)

Wie kann trotz geänderter Ganztagsfinanzierung sichergestellt werden, dass private Ganztagschulen für Schülerinnen und Schüler, die sich nach dem 27. Juli für einen Ganztagsplatz anmelden, in den Genuss der staatlichen Ganztagsförderung kommen, da diese Schüler als Schulwechsler, Nachprüfungsschüler, Probeunterrichtschüler oder Schüler, die eine Klasse an einer anderen Schule zum Schuljahresende nicht bestanden haben, keine Möglichkeit haben, sich vorher anzumelden?

Susann Biedefeld
(SPD)

Welche Förderbescheide sind mit welcher Fördersumme an die oberfränkischen Kommunen aus dem Konjunkturprogramm II ausgestellt und wie viele Mittel sind bis dato abgerufen?

Sepp Daxenberger
(GRU)

Unterstützt die Staatsregierung den Antrag der Kommunen Freilassing, Ainring und Saaldorf-Surheim zur Beteiligung an der jüngst durch den Umweltsenat des Bundes (Österreich) angeordneten und derzeit durch das Amt der Salzburger Landesregierung vorbereiteten UVP-Prüfung und unterstützt die Staatsregierung die von den Kommunen Freilassing, Ainring und Saaldorf-Surheim bereits in Auftrag gegebene Untätigkeitsklage gegen Bundesverkehrsminister Tiefensee, der den förmlichen Antrag, eine Wiederholung des Ediktalverfahrens bezüglich der

	Kapazitätserweiterung und Steigerung der Leistungsfähigkeit des Flughafensystems Salzburg unter Beachtung der deutschen fachplanungsrechtlichen Normen durchzusetzen, schriftlich abgelehnt hat, ohne den beantragten förmlichen Bescheid zu erlassen, und wenn ja, in welcher Form wird die Staatsregierung die Kommunen unterstützen?
Dr. Sepp Dürr (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen Forschung im Bereich gentechnisch veränderter Pflanzen oder Tiere durchführen und welche Forschungsvorhaben dabei von Unternehmen mit Geld- bzw. sonstigen Mitteln in welcher Höhe unterstützt werden?
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)	Welche kurz- bzw. mittelfristigen Konzepte (planerisch und finanziell) verfolgt die Staatsregierung, um eine zweite Main-Brücke im Südspessart zwischen Dorf- und Stadtprozelten zu realisieren, nachdem im neuen Regionalplan vom 9. August 2008 zu Punkt 3.6. eigens der Satz eingefügt wurde: „Für eine weitere Intensivierung der Verkehrsbeziehungen zur anderen Mainseite und damit für eine Verbesserung der Standortbedingungen für die Wirtschaft im Südspessart soll eine zusätzliche Brücke im Raum Dorfprozelten/Stadtprozelten dienen“?
Günther Felbinger (FW)	Wie hat sich durch die Einführung des seit einigen Jahren verpflichtenden Hörscreenings in den Bezirken Unterfranken und Niederbayern die Zahl der Kinder mit diagnostizierter Hörschädigung, aufgelistet nach den unterschiedlichen Schädigungsarten, entwickelt und inwieweit ist daraus ein verstärkter Zugang zu den Förderzentren abzuleiten und welche zusätzlichen Mittel wurden hierfür für die frühkindliche Hörerziehung zur Verfügung gestellt?
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)	Durch wen und wann ist die Gemeinde Ismaning über Höhe und Inhalt des Strafbefehls gegen ihren ehemaligen Bauamtsleiter informiert worden und würde eine Informationspflicht an den Gemeinderat durch den 1. Bürgermeister dadurch entfallen, dass der ehemalige Bauamtsleiter aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet, und zwar auch deswegen, weil bis heute nicht geklärt ist, ob Schadensersatzansprüche der Gemeinde gegen diesen bestehen?
Thomas Gehring (GRU)	Wie viele Anmeldungen wurden zum Antragstermin für einen Antrag jeweils auf Genehmigung bzw. Förderung der offenen und gebundenen Ganztagschule eingereicht, wie viele wurden genehmigt und mit wie vielen Nachzüglern, deren Anträge noch genehmigt werden können, ist zu rechnen?
Ulrike Gote (GRU)	Trifft es zu, dass ein Teil des Gehalts des Universitätspräsidenten der staatlichen Universität Bayreuth privat finanziert wird, um welchen Betrag pro Jahr handelt es sich und wer ist der Geldgeber?
Volkmar Halbleib (SPD)	Für wie viele Maßnahmen, bei denen den bayerischen Kommunen vom Freistaat Bayern durch die Bezirksregierungen eine Förderung aufgrund des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Aussicht

gestellt wurde, wurde mittlerweile ein rechtlich verbindlicher Förderbescheid erteilt (in absoluten Zahlen sowie im prozentualen Verhältnis zur Inaussichtstellung geordnet nach Regierungsbezirken), wie hoch beläuft sich bei dem Programm „Maßnahmen zur energetischen Modernisierung der Infrastruktur in Kommunen“ (Bekanntmachung vom 3. März 2009) der sich aus diesen Förderbescheiden jeweils ergebende tatsächliche Eigenanteil der Kommunen im Verhältnis zu den geschätzten tatsächlichen Gesamtkosten der geförderten Investitionsmaßnahme und welche Hilfestellungen sieht die Staatsregierung für diejenigen Kommunen vor, die ihren Eigenanteil aus haushaltsrechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht erbringen können?

Eike Hallitzky
(GRU)

Wie lässt sich nach Auffassung der Staatsregierung die Tatsache, dass für den 13. Juli ein Kongress des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Reform der Hauptschule in den Räumlichkeiten des neuen Münchner Fußballstadions in Fröttmaning vorgesehen ist, vereinbaren mit den vertraglichen Regelungen im Erbbaurechtsvertrag zwischen der Landeshauptstadt München und dem Stadionbesitzer, nach welchem die „Einrichtungen für alle Fußballspiele und deren Rahmenveranstaltungen, einschließlich für das Training zur Verfügung“ stehen (an späterer Stelle dann eingeeengt auf den „Profifußballsport“) und das Stadion und die dazugehörenden Räumlichkeiten daneben genutzt werden dürfen für „Veranstaltungen des Schulsports“, für „Gastronomiebetriebe einschließlich einer Großgaststätte mit den in solchen Betrieben üblichen Nutzungen“, für „Veranstaltungen und Kongresse, die einen Bezug zum Sport haben“, für „Präsentationen und Vermarktung von Produkten, die einen Bezug zu den Vereinen FC Bayern München e.V. und TSV München von 1860 e.V. sowie deren Sponsoren haben“ sowie für „Lager und Büros“, „andere als die vorgenannten Nutzungen“ jedoch nicht gestattet sind, und wird die Staatsregierung beteiligt an den Erlösen, die der Stadionbetreiber mit der Nennung des Namens des „Namenspatrons“ des Stadions in den Medien erhält?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Wurden bei den fünf in Bayern in Betrieb befindlichen Atomkraftwerken die Transformatoren bereits ausgetauscht, welche Lebensdauer haben diese Transformatoren nach Ansicht der Staatsregierung und welche Vorkehrungen haben die Betreiber in Bayern getroffen, um ähnliche Ereignisse wie in Krümmel zu vermeiden?

Dr. Leopold Herz
(FW)

Warum sind im Aufsichtsrat der Bayerischen Staatsforsten keine Vertreter der sogenannten „Oppositionsparteien“ vertreten?

Claudia Jung
(FW)

Hält, und wenn ja, mit welcher Begründung, die Staatsregierung an ihrer Forderung, die Restlaufzeiten von Kernkraftwerken zu verlängern bzw. das vorzeitige Abschalten alter und unsicherer Kernkraftwerke abzulehnen, fest, obwohl in der Bayerischen Staatszeitung vom 10. Juli 2009 auf Seite 1 (Kommentar von Ralph Schweinfurth) folgende Passage zu lesen ist: „... Das Abschalten alter Reaktoren wäre problemlos möglich, denn allein

2008 hat die Bundesrepublik 22 Terawattstunden Strom exportiert. Damit könnte man 22 Städte von der Größe Bayreuths ein Jahr lang mit Strom versorgen.“?

Christine Kamm
(GRU)

Nachdem Kommunen, die zu Anlagezwecken vor Jahren Papiere der Bayerischen Landesbank mit dem Titel „Bayerische Landesbank BonusSelect III Z26.06.09 BSKT“ in der fälschlichen Annahme einer sicheren Geldanlage erworben haben, jetzt erfahren, dass sie nur noch etwa die Hälfte des eingesetzten Geldes zurück erhalten werden, frage ich die Staatsregierung, in welchem Gesamtvolumen hat die Bayerische Landesbank die Papiere „Bayerische Landesbank BonusSelect III Z26.06.09 BSKT“ ausgereicht, welcher Anteil dieser Papiere wurde von Kommunen, Sparkassen und öffentlichen Einrichtungen erworben und wodurch wurde der Verlust bei diesen Papieren verursacht?

Annette Karl
(SPD)

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bildung von Kombiklassen im Grundschulbereich frage ich die Staatsregierung, auf welcher gesetzlichen Grundlage sagt das Schulamt Neustadt/Waldnaab, dass für vier einzelne Klassen mindestens 75 Schüler angemeldet sein müssen, ansonsten würden Kombiklassen eingerichtet, wie lässt sich dies mit der Mindestklassenstärke von Grundschulklassen von 12 Kindern vereinbaren und liegt die Ursache dieser Praxis in der für Schulen im ländlichen Raum zu geringen Zuteilung von Stundenbudgets?

Ulrike Müller
(FW)

Gibt es einen Abschlussbericht bzw. ein Ergebnisprotokoll zu den in den vergangenen Jahren z.B. in den Jagdrevieren in Altusried im Oberallgäu durchgeführten Pilotprojekten zur Abschussplanung, wurde dieser veröffentlicht und welche Schlüsse wurden daraus von Seiten der Staatsregierung zur Weiterentwicklung der Abschussplanung gezogen?

Alexander Muthmann
(FW)

Welche konkreten Schritte wurden durch die Staatsregierung in den Beispielregionen seit dem Projektstart am 1. August 2008 bisher unternommen, um die gesetzten Ziele zu erreichen, gibt es Förderprogramme/Fördergelder, die ausschließlich den Beispielregionen zur Verfügung gestellt werden, und wie ist der Projektplan für die Entwicklung greifbarer „modellhafter innovativer Lösungen für regionale Probleme“ ausgestaltet (z.B. personell, zeitlich)?

Thomas Mütze
(GRU)

Nachdem an der Nilkheimer Christian-Schad-Volkschule nach Aussage des Staatlichen Schulamtes bei einer Anmeldung von derzeit 56 Schulanfängerinnen und Schulanfängern nur zwei erste Klassen gebildet werden können, obwohl bereits bekannt ist, dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an dieser Schule überdurchschnittlich hoch ist, was für eine Klassenstärke von maximal 25 Kindern spricht, und die dortigen Räumlichkeiten nicht für größere Klassen geeignet sind, frage ich die Staatsregierung, warum es denn nicht möglich ist, in der Christian-Schad-Volkschule in Aschaffenburg-Nilkheim Klassen mit maximal 25

Kindern zu bilden, wenn doch jetzt schon feststeht, dass an dieser Schule ein hoher Anteil von Schulanfängerinnen und Schulanfängern mit Migrationshintergrund angemeldet worden ist?

Jörg Rohde
(FDP)

Wird und ggf. wie wird gegenwärtig sichergestellt, dass freiwillige abgegebene, eingezogene oder sonst wie in staatliche Verfügungsgewalt gelangte Schusswaffen nicht einfach vernichtet, sondern auf ihre kulturhistorische Bedeutung geprüft und ggf. zur wissenschaftlichen Betreuung an Sammlungen oder Museen abgegeben werden?

Dr. Martin Runge
(GRU)

In welchem Umfang ist die BayernLB aktuell bei der mittlerweile insolventen Arcandor AG, vormals Karstadt-Quelle AG, als Gläubigerin engagiert, über welche Kredite unter Beteiligung der BayernLB für die ehemaligen Arcandor-Töchter Primondis GmbH bzw. Quelle GmbH wird zur Zeit verhandelt?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Welche Altlasten befinden sich auf den Grundstücken in Hütten bei Grafenwöhr, auf denen für die US-Armee mehrere hundert Wohnhäuser gebaut werden sollen, wer hat die Entsorgung zu bezahlen, falls das Projekt verwirklicht wird, und wer hat die Entsorgung zu bezahlen, wenn die Siedlung nicht gebaut wird?

Franz Schindler
(SPD)

Nachdem der Bayerische Landkreistag die von der Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz geplante Einführung sog. „Verbraucherlotsen“ als „völlig überflüssigen Bürokratieaufbau“ kritisiert hat, frage ich die Staatsregierung, ob sie an der Planung zur Einrichtung von Verbraucherlotsen festhält und falls nicht, welche sonstigen Maßnahmen sie ergreifen will, um insbesondere die Arbeit der Verbraucherverbände im Bereich der Beratung über Finanzmarktprodukte zu unterstützen?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Da einem Zeitungsbericht am 9. Juli 2009 zu entnehmen war, dass Herr Finanzminister Fahrenschon die Forderung von Herrn Umweltminister Dr. Söder, den staatlichen Zuschuss für das Staatstheater Nürnberg auf 90 Prozent zu erhöhen, für sachlich nicht gerechtfertigt hält, frage ich die Staatsregierung, wie das in Hinblick auf die Tatsache zu beurteilen ist, dass der Zuschuss für die Bayerische Staatsoper 93,2 Prozent, für das Bayerische Staatsschauspiel 100 Prozent und für das Staatstheater am Gärtnerplatz 98 Prozent mit einer Gesamtsumme von 94,5 Millionen Euro beträgt, für das Staatstheater Nürnberg aber nur 50 Prozent mit einer Summe von 16,6 Millionen Euro, und ob die Staatsregierung willens ist, sich in Zukunft für die Gleichbehandlung von München und Nürnberg einzusetzen?

Harald Schneider
(SPD)

Nachdem in der Angelegenheit des bestraften ehemaligen Ismaninger Bauamtsleiters der 1. Bürgermeister der Gemeinde Ismaning im Gemeinderat erklärt hat, er habe den Gemeinderat über den Ausgang des Strafverfahrens samt der zugrundeliegenden Entscheidung deswegen nicht unterrichten können, weil der zuständige Oberstaatsanwalt und Sprecher der Staatsanwaltschaft München I, mit ihm Stillschweigen bis zur Beendigung des

	Disziplinarverfahrens vereinbart habe, nunmehr aber der Oberstaatsanwalt erklärt hat, dass zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Ismaninger Bürgermeister kein Stillschweigen vereinbart wurde, frage ich die Staatsregierung, ob es zwischen der Staatsanwaltschaft und dem 1. Bürgermeister eine derartige Vereinbarung gegeben hat und ob überhaupt eine solche Vereinbarung getroffen werden kann?
Theresa Schopper (GRU)	Wann wird die Richtlinie für die Betriebsgenehmigung der durchführenden Einrichtungen zur Umsetzung des Gesetzes der diammorphingestützten Substitutionsbehandlung innerhalb Bayerns umgesetzt, welche Kriterien für die durchführenden Einrichtungen werden vonseiten der Staatsregierung festgesetzt und gibt es über diese Kriterien Vereinbarungen zwischen den Bundesländern?
Tanja Schweiger (FW)	Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen sie aus der aktuellen Studie des Institutes der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW) zieht, wonach die derzeitige Wirtschaftskrise die Oberpfalz besonders hart trifft?
Kathrin Sonnenholzner (SPD)	Wann plant die Staatsregierung ernsthaft eine/n Patientenbeauftragten zu etablieren und mit welchen Kompetenzen und welcher Ausstattung?
Adi Sprinkart (GRU)	Welche rechtliche und/oder fachliche Unterstützung und Hilfe kann die Staatsregierung den verärgerten Bürgerinnen und Bürgern in der Gemeinde Kalchreuth anbieten, nachdem zwar eine Breitbandanbindung für alle Haushalte in der Ortschaft realisiert, mit staatlichen und kommunalen Fördergeldern in Höhe von 72.000 Euro finanziert und ein diskriminierungsfreier Zugang mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von bis zu 6.000 kbit/s garantiert worden ist, die Telekom AG anscheinend jedoch Kundinnen und Kunden lediglich mit ungewöhnlich langsamen 800 bis 2.000 kbit/s versorgt?
Christine Stahl (GRU)	Was war der Anlass für den in der Fränkischen Landeszeitung beschriebenen hochgerüsteten Polizeieinsatz im Anschluss an ein Ü-40-Basketballturnier in Ansbach in der Nacht vom 13. auf 14. Juni 2009, trifft es zu, dass Spieler und Gäste auf einer anschließenden Feier im Rahmen dieses Einsatzes eine harte Behandlung bis hin zu kurzzeitigen Fesselungen über sich ergehen lassen mussten, und wenn ja, welche Gründe gab es für das Vorgehen der Polizei?
Claudia Stamm (GRU)	Stimmt es, dass die Anhörungen von abgelehnten chinesischen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zur Beschaffung von Heimreisepapieren in den Räumen der Zentralen Rückführungsstelle in der Boschetsriederstraße zwischen dem 1. Juli und dem 31. Juli 2009 von eigens aus der Volksrepublik China eingeflogenen Beamten durchgeführt werden, wie viele Chinesinnen und Chinesen sind davon betroffen und inwiefern sind Rechtsanwälte und unabhängige Dolmetscherinnen und Dolmetscher zugelassen?

Dr. Simone Strohmayer (SPD)	Welche Übertrittsquoten von Grundschulen an Gymnasien und Realschulen sind dieses Schuljahr in Schwaben festgestellt worden (aufgeschlüsselt nach Landkreisen)?
Susanna Tausendfreund (GRU)	Setzt sich die Staatsregierung dafür ein, dass der Bund nicht nur den die Frequenzen bisher nutzenden Kultur- und Bildungseinrichtungen bzw. den sie tragenden Kommunen oder Ländern die Umstellungskosten in geeigneter Form erstattet, sondern auch den betroffenen Privatpersonen (z.B. Künstlerinnen und Künstler, Selbständige, Studierende etc.), wurde zudem bereits eine Lösung für die Störproblematiken gefunden, die im Zusammenhang mit der Nutzung der digitalen Dividende auftreten, und geht die Staatsregierung davon aus, dass die frei werdenden Frequenzen ausreichen, um den bayerischen ländlichen Raum langfristig flächendeckend mit Zugang zum schnellen Internet zu versorgen?
Dr. Karl Vetter (FW)	Wie lange kann das von der Staatsregierung im Rahmen eines Pandemieplans auf Vorrat erworbene Medikament „Tamiflu“ gelagert werden, gibt es ein Rückgaberecht bzw. Austauschrecht bei Überschreitung des Verfallsdatums und zu welchen Konditionen wurde das Medikament erworben?
Jutta Widmann (FW)	Welche verschiedenen Auszeichnungen für langjährige politische Arbeit (Verdienstorden etc.) können vonseiten Bayerns vorgenommen werden, können Personen für derartige Auszeichnungen vorgeschlagen werden und ist der Staatsregierung bekannt, welche Voraussetzungen für entsprechende Auszeichnungen der Bundesrepublik gelten?
Ludwig Wörner (SPD)	Mit welchen Mitteln will die Staatsregierung dafür Sorge tragen, dass die Kartellbehörden nicht wie geplant im Rahmen der Preisaufsicht beim Trinkwasser Regularien entwickeln, die erstens das Minimierungsgebot (Schadstoffe) unterlaufen und zweitens die Sanierung und den Erhalt der Netze gefährden, und wie will sie dafür sorgen, dass die dabei notwendigen Wasserpreise von den Wasserversorgern erzielt werden können?